

Fleissig verteilt

Die schmale Akte über die Antifaschistische Studentengruppe enthält einen pikanten Schlagabtausch zwischen einer Medizinstudentin und dem Rektorat der Universität Basel. Sie umfasst auch Quellen, die es ermöglichen, eine Flugblattaktion, die in der Basler Stadtpolitik in den 1930er Jahren für Aufregung sorgte, zu rekonstruieren.

»Die Unterzeichnete verweigert die Auskunft betr. Nennung von Namen von Studierenden, die der »antifaschistischen [sic] Studentengruppe« angehören.«¹ [Abb. 1]

Im Dezember 1934 forderte die Disziplinar-Kommission der Universität Basel die Medizinstudentin Ida Fleissig auf, dem Rektorat Namen von Mitgliedern der Antifaschistischen Studentengruppe (ASG) zu nennen. Fleissig kam dieser Bitte nicht nach, und so finden sich im Staatsarchiv Basel-Stadt, das grosse Teile des Universitätsarchivs umfasst, nur wenige Namen in Verbindung mit der ASG. Ein kurzer Briefverkehr mit Ida Fleissig (1913–1999) immerhin ist dokumentiert. Ausgangspunkt für den Briefwechsel ist ein Flugblatt der ASG, das dem Rektor der Universität, Alfred Labhardt, unterstellte, sich beim *Dies Academicus* im November 1934 in einer Rede faschistisch geäussert zu haben. Die ASG warf dem Rektorat und der Universitätsverwaltung ausserdem deren passive bis akzeptierende Haltung gegenüber Personen und Gruppierungen mit faschistischer Gesinnung vor, während Veranstaltungen der ASG verboten worden seien.²

Als an das Deutsche Reich grenzende Stadt sah sich Basel in den 1930er Jahren direkt mit dem Nationalsozialismus konfrontiert. Die Stadtpolitik war davon massgeblich beeinflusst. In dieser Zeit des Umbruchs, die auch die Zeit der Weltwirtschaftskrise war, die Basel mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit belastete,³ bildeten sich Widerstandsgruppen gegen faschistische Tendenzen im Ausland und gegen das Phänomen des Schweizer Frontismus. Dieser wurde sichtbar in verschiedenen Organisationen und Bewegungen, die von konservativen, autoritären und faschistischen Gedanken geprägt waren. Er kann auch als Folge der geistigen und politischen Krise, die schon nach dem Ersten Weltkrieg in der Schweiz zum Ausdruck kam, verstanden werden. Frontistische Bewegungen in der Schweiz strebten nach einer »Stärkung der Regierungsautorität, korporative[n] Ordnungsstrukturen der Wirtschaft, Betonung des Nationalen und [der] Neubelebung des föderalistischen Prinzips.«⁴

Auf den Fahnen der studentischen Widerstandsgruppen, wie etwa der ASG oder der Marxistischen Studentengruppe (MSG), einer weiteren kritischen Widerstandsgruppe an der Universität Basel dieser Zeit, standen im Kontrast dazu die Werte der Demokratie, der freien Gesinnung und einer kritischen Wissenschaft. In den 1930er Jahren wurde auch die Universität Basel Schauplatz politischer Konflikte, unter anderem einer von der ASG initiierten Flugblattaktion, die bis ins Rektorat und in die Basler Stadtpolitik hinein wirkte. So dünn die Archivlage ist, erlaubt sie doch Antworten auf Fragen nach dem politischen Geschehen in und um die Universität Basel in den 1930er Jahren. Wie eng war die staatliche Institution Universität mit dem Politgeschehen, mit den Regierungsräten und Departementen verwoben? Wie positionierten sich Rektorat, Beschäftigte und Studierende gegenüber dem Faschismus, der nicht nur bis an die Grenzen, sondern auch im eigenen Land Wirkung entfaltete?

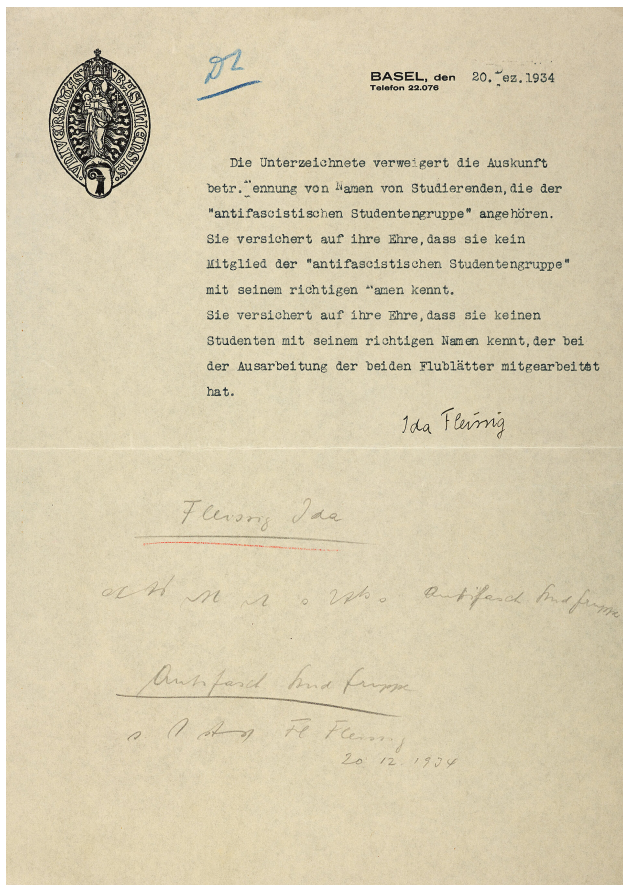


Abb.1: Ida Fleissig verweigert dem Rektorat Auskunft.

Die Flugblattaffäre

»Studentinnen ! Studenten ! Akademiker ! Geistesarbeiter aller Berufe ! [...] Der Faschismus macht nicht Halt an den Schweizergrenzen.«⁵

»Kämpft mit uns an der Seite der revolutionären Arbeiterschaft gegen Faschismus, Aufrüstung und geistigen Terror, für Gesinnungs- und Meinungsfreiheit, für eine lebendige, kritische und wirklich ehrliche Wissenschaft [...].«⁶

Diesem Aufruf der ASG, der im Rahmen der Flugblattaktion verfasst wurde, ging einiges voran. Ihren Ausgang nahm die turbulente Geschichte mit einer Rede des damaligen Rektors der Universität Basel, Alfred Labhardt (1874-1949). Am 16. November 1934 hielt der Gynäkologe Labhardt einen Vortrag mit dem Titel *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur*. Hauptthema der Rede waren die von Labhardt so genannten neuen »Kulturfaktoren« und

ihr Einfluss auf die bisherige »natürliche Ordnung«. ⁷ Fortschritte in der Medizin, der Hygiene und der Krankheitsprophylaxe brächten, so Labhardt, die Schwierigkeit mit sich, dass keine natürliche Selektion mehr stattfindet: gemeint ist die Ausschaltung von als »minderwertig« begriffenem Leben. ⁸ Natürliche Faktoren für den Schutz des Lebens seien bei den »Säugetieren und beim Menschen« die Trennung der Geschlechter und die Verteilung der Fortpflanzungsaufgabe. Die Frau sei körperlich, anatomisch, funktionell und psychisch auf das Ziel der Reproduktion eingestellt. Nur durch das Mutterwerden könne sie ihr wahres Glück und Erfüllung finden. ⁹ Im Gegensatz dazu sei beim Mann im Laufe der Zeit die körperliche Überlegenheit durch die intellektuelle ersetzt worden. Darin liege begründet, dass er auf den Gebieten der Wissenschaft, der Forschung, der Kunst, des Kulturfortschrittes bleibende Werte geschaffen habe und vorherrsche. Labhardt stellte die Frau als affektbetonte Gebärmaschine dar, die sich um die Reproduktion und somit das Absichern der Gattung kümmern sollte. Entsprechend sah er in der Frauenemanzipation eine Gefahr für das Wohl der gesamten Menschheit, Mann und Frau sollten sich vielmehr ergänzen. Er argumentierte daher gegen »die restlose bürgerliche Gleichstellung«, weil »die überwiegende Majorität der Frauen im Bewusstsein ihrer natürlichen Anlagen daran kein wesentliches Interesse findet.« ¹⁰ Neben den Faktoren zum Schutz des Lebens listete Labhardt auch diejenigen der Selektion auf, welche die Zukunft der Menschheit ebenfalls massgeblich beeinflussten. Zu den »natürlichen Ausfällen von Individuen« zählte er Krankheiten, Seuchen, Naturereignisse und Hungersnöte, zu den »kulturellen« den Krieg. Doch während die natürlichen Faktoren, denen er eine positiv-selektierende Wirkung zuschrieb, aufgrund der Fortschritte in Wissenschaft und Hygiene kaum noch zur Wirkung kämen, sei ausgerechnet der menschengemachte »Ausfallfaktor« Krieg »noch nicht gebannt«. »So droht der natürliche Ausgleich des Ueberschusses, der die Minderwertigen traf, durch einen kulturellen ersetzt zu werden, der leider gerade die Vollwertigen trifft.« ¹¹ Labhardt folgte damit den klassischen rassenhygienischen und eugenischen Argumentationen, die ab dem Ende des 19. Jahrhunderts auch international zusehends an Popularität gewannen. ¹²

Das Jugendkomitee gegen Krieg und Faschismus, das oft mit der ASG gemeinsam aktiv wurde, versammelte sich am 17. Dezember 1934 vor dem damaligen Frauenspital. Im Namen der ASG verteilten sie dort das Flugblatt, für das Ida Fleissig sich später würde rechtfertigen müssen. Es verkündete: »Friedlich geht das Wintersemester seinen Gang. Man studiert, lernt, unterhält und zerstreut sich und ›alles ist in Ordnung‹. Aber wie sieht diese ›Ordnung‹ in Wirklichkeit aus?« ¹³ Zwei ausländische Studenten, »die aus ihrer antifaschistischen Gesinnung kein Hehl machten«, ¹⁴ seien vom Bundesrat aus der Schweiz ausgewiesen worden, während die Deutsche Studentenschaft, »eine Organisation der braunen Kulturschänder«, ¹⁵ in der Gaststätte »Zum Braunen Mutz« gegründet und vom Rektorat der Universität Basel anerkannt worden sein. Auch die Tatsache, dass der Rektor den Krieg als »Auslesemittel« der Bevölkerungsvermehrung hinstellte, problematisierten die Gruppierungen. ¹⁶ Dem Flugblatt zufolge

hatte der Faschismus das Denken und Handeln der Menschen und auch der Bildungsinstitutionen in der Schweiz längst durchdrungen. Es lud ferner dazu ein, die öffentliche Versammlung im Steinenschulhaus zu besuchen, bei der Max Wullschleger¹⁷ (1910–2004), ein Student und Vertreter des Jugendkomitees gegen Krieg und Faschismus, über »die wirtschaftliche und geistige Entrechtung der arbeitenden und studierenden Jugend« sprechen sollte [Abb. 2].¹⁸

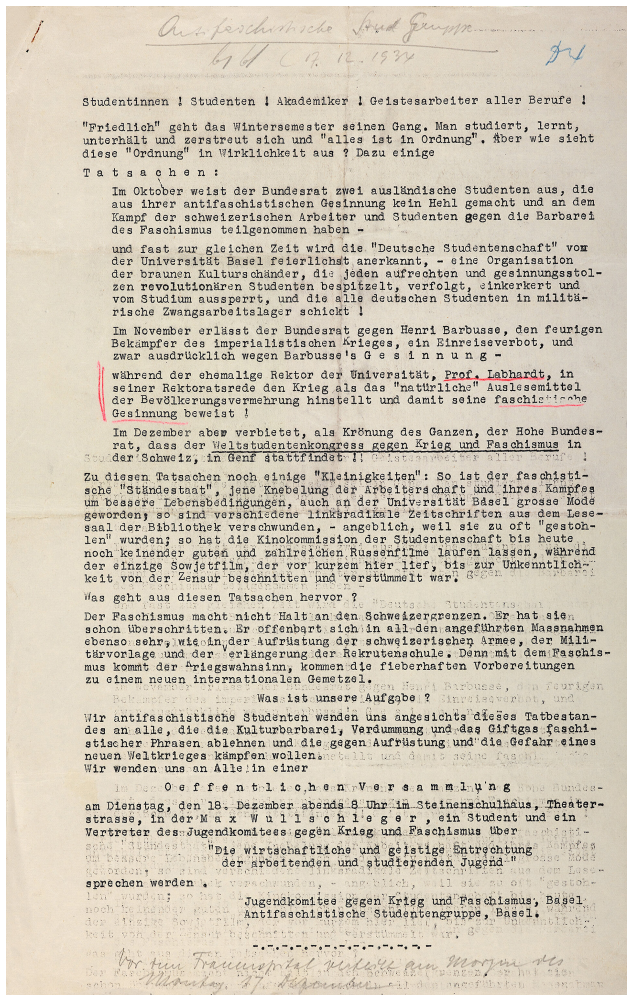


Abb. 2: Das Flugblatt vom 17. Dezember 1934.

Der Inhalt des Flugblatts erreichte bald den Rektor und nur einen Tag später verfasste der Universitätsrat in seinem Namen ein Schreiben an den Regierungsrat und Vorstehenden des Erziehungsdepartements Fritz Hauser, samt beigelegtem Exemplar des verteilten Flugblatts.¹⁹

Das Rektorat reklamierte, dass der Inhalt von Labhardts Rede entstellt worden sei und die Art und Weise der Verteilung des Flugblatts, nämlich »unmittelbar vor Universitätsgebäuden«, ²⁰ nicht den vorgegebenen

Richtlinien der »Disziplin der Universität«²¹ entspreche. In der Konsequenz verbot der Regierungsrat die angekündigte Versammlung im Steinenschulhaus.

Die ASG liess dieses Verbot nicht unkommentiert und veröffentlichte innerhalb kürzester Zeit ein »Protest-Extrablatt«, in dem sie neue Tatsachen, die seit dem ersten Flugblatt geschehen waren, dramatisch aufzeigte: »Erstens hat der Bundesrat, der erst kürzlich die Abhaltung des ›Studentenweltkongresses gegen Krieg und Faschismus‹ in Genf verbot, der ›Faschistischen Internationale‹ erlaubt, ihren Kongress in Montreux, auf Schweizerboden abzuhalten« – und »Zweitens hat der Regierungsrat von Basel die Abhaltung der von uns angekündigten Versammlung im Steinenschulhaus verboten!«²² Mit Nachdruck rief die ASG dazu auf: »Lasst Euch nicht einlullen und einschläfern durch die geistige Stickluft, die an der Universität herrscht. – Ihr folgt die faschistische Explosion, der offene Terror!«²³ Das Verbot der öffentlichen Versammlung sei ein Zeichen dafür, dass die schweizerische Bourgeoisie mit Nazideutschland sympathisiere. Auch, dass »der grössenwahnsinnige Hysteriker, Arbeitermörder und Kriegstreiber Adolf Hitler für den intimen Verkehr mit hohen schweizerischen Militärs durchaus ›salonfähig ist‹«,²⁴ sei ein Hinweis darauf. Diese Sicht teilte der *Basler Vorwärts*, das Sprachrohr der Kommunistischen Partei (KP)²⁵ und eines der sechs Parteiblätter der Basler Presse, der berichtete: »Der Basler Regierungsrat unterdrückt Versammlung antifaschistischer Schweizer Studenten während in Montreux die ausländischen Faschistenführer tagen können« [Abb. 3]. Der Autor des Artikels mutmasste, dass der wahre Grund der Verweigerung des Saals für die öffentliche Versammlung nicht auf die Rektorsrede zurückzuführen sei, sondern darauf, dass der Regierungsrat den Faschismus unterstütze und die »Behörden nur dann einschreiten, wenn es sich um Antifaschisten handelt.«²⁶

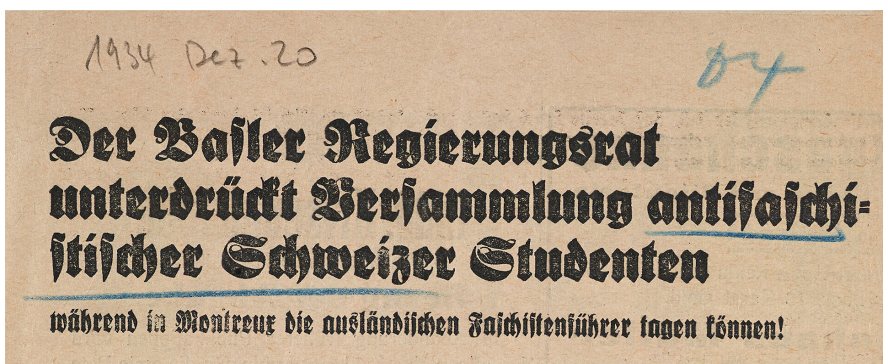


Abb. 3: Schlagzeile im Basler Vorwärts vom 20. Dezember 1934.

Warum das Rektorat sich ausgerechnet an Ida Fleissig wandte und Auskunft über die Organisation und Mitglieder der ASG verlangte, ist nicht bekannt. In ihrem Antwortschreiben versicherte sie dem Rektorat »auf ihre Ehre, dass sie keinen Studenten mit seinem richtigen Namen kennt, der bei der Ausarbeitung der beiden Flugblätter mitgearbeitet hat.«²⁷ Kurz darauf lud

Labhardt Fleissig für den 24. Dezember vor. Ihr Onkel, Gewerbeinspektor Walter Strub, begleitete seine »angeklagte«²⁸ Nichte anstelle ihres verstorbenen Vaters, um ihr als Unbeteiligter und Zeuge während der Unterredung mit dem Rektor beizustehen.²⁹ Der Inhalt der Unterredung ist unbekannt, aber kurz vor Jahresende erteilte die Disziplinarkommission der Universität im Namen des Rektors »Fräulein Ida Fleissig« folgenden »strengen Verweis«:

»Sie haben in der Angelegenheit der ›Antifaschistischen Studentengruppe‹ eine der Universität gegenüber wenig erfreuliche Stellung eingenommen, indem Sie auf Ihre Ehre eine unwahre Erklärung unterzeichnet haben. Die Universität, der Sie Ihr Studium und die Beihilfe zu demselben durch Zuerkennung von Stipendien zu verdanken haben, hätte von Ihnen eine würdigere Stellungnahme erwartet. Die Disziplinarkommission der Universität, die sich mit der Angelegenheit befasst hat, spricht Ihnen im Hinblick auf Ihr obengenanntes Verhalten einen strengen Verweis aus.«³⁰

Eine Begründung und der Nachweis, dass Fleissig tatsächlich an der Aktion beteiligt oder überhaupt Teil der ASG war, blieben aus.

Im neuen Jahr übernahm der Philosoph Paul Häberlin das Amt des Rektors, das zu dieser Zeit üblicherweise für die Dauer eines Jahres ausgeübt und ausschliesslich von universitätsinternen Lehrenden besetzt wurde. Damit waren die Wellen, die die Flugblattaktion schlug, aber nicht verebte. In politisch angespannter Zeit waren die repräsentativen Organe der Universität Basel vor die Herausforderung gestellt, klar antifaschistische Stellung zu beziehen. Dies gelang zumindest in den Jahren, in denen die ASG aktiv war, nur teilweise. Rückblickend entsteht der Eindruck, dass die Verwaltungsorgane der Universität bestmöglich einem breiten Spektrum an Interessensgemeinschaften Raum geben wollten. Gab es jedoch Anzeichen von Kritik oder Widerstand gegenüber der Autorität der Universität selbst, wurden entsprechende Versammlungen teilweise verboten und Gruppierungen reglementiert, indem beispielsweise Vorträge, wie im Fall der ASG, verboten oder Einzelpersonen vor das Rektorat zitiert wurden.

Häberlin erklärte Anfang des Jahres 1935 in einer Bekanntmachung erneut, dass »die Universität keinen Anlass [habe], sich mit der politischen Tendenz des Blattes auseinanderzusetzen«. Die Art und Weise der Verteilung vor den universitären Gebäuden und die angebliche Entstellung von Labhardts Rektoratsrede seien aber inakzeptabel gewesen. Häberlin schrieb: »Im Interesse der Ordnung und der Wahrheit ist die Universität verpflichtet, derartiges in Zukunft zu verhindern und Fehlbares zur Verantwortung zu ziehen.«³¹ Nicht jede Kritik sollte an und von der Universität geduldet werden.

Im Januar 1935 wurde Fleissig erneut kontaktiert. Dieses Mal mit der Bitte Häberlins, sie möge die ihr bekannten Mitglieder der ASG von seiner

Bekanntmachung in Kenntnis setzten.³² Fleissig antwortete, dass sie dies nur ungern tue, weil sie »mit der Gruppe keine Verbindung hatte, und kein Interesse habe, durch die Uebergabe der Bekanntmachung den gegenteiligen Eindruck zu erwecken.«³³ Wenige Tage später nahm die ASG Briefkontakt mit Häberlin auf. Die Gruppe betonte, auch sie höre die persönliche Ablehnung des Krieges aus Labhardts Rede heraus. In anderen Teilen rückte sie aber nicht von ihrem Standpunkt ab: Die Aussage, der Krieg sei ein kultureller »Ausfallfaktor«, der durch die verstärkte Bevölkerungsvermehrung herbeigeführt wurde, und Labhardts damit zusammenhängende Forderungen nach Erleichterung der Ehe und Schutz der Mutterschaft ordnete die Gruppe als faschistisch ein. Ausserdem gleiche Labhardts Bild der Stellung und »natürlichen Aufgabe der Frau«³⁴ dem propagierten Bild der Stellung der Frau des damaligen Deutschland und Italien.³⁵ Dies ist die letzte Spur der ASG im Archiv.

Kritische Studentengruppen

An der Universität Basel waren und sind bis heute zahlreiche studentische Organisationen aktiv. Sie setzen sich nicht nur für hochschulpolitische Themen ein, sondern bilden auch Interessensvertretungen für Glaubensgemeinschaften, fungieren als Kulturproduzentinnen oder setzen sich mit Umweltfragen auseinander.³⁶ Das Staatsarchiv Basel-Stadt enthält zahlreiche Akten von Gruppen, die nicht mehr existieren: Neben der ASG sind das zur Zeit des Nationalsozialismus beispielsweise die Deutsche Studentenschaft (1933–1939), der Verein jüdischer Studierender/Akademiker (1924–1934) oder die Studentenvereinigung gegen Krieg (1934).³⁷ Die Jahreszahlen ihrer Gründung und Auflösung weisen die Gruppen als Reaktionen auf eine gesamtgesellschaftliche Lage aus.

Die politische Geschichte der Universität Basel in den 1930er Jahren ist stark vom Nationalsozialismus geprägt. Aus politischen, antisemitischen und rassistischen Gründen vom nationalsozialistischen Regime Unterdrückte oder Verfolgte flüchteten schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in die Schweiz. Als Grenzstadt war Basel Ziel besonders vieler Geflüchteter. Viele von ihnen waren Student*innen, die sich nun um einen Studienplatz an der Basler Universität bemühten. Auf die hohe Zahl von Juden und Jüdinnen unter den Geflohenen reagierte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) mit einem Kreisschreiben. Es ermahnte die Kantone, »der ›Zuwanderung‹ von ›Israeliten‹ grösste Aufmerksamkeit zu schenken.«³⁸ Weil Ende der 1930er Jahre die Zahl der Neuimmatrikulierten einen Höchststand erreichte, riefen eidgenössische Behörden dazu auf, einschränkende Massnahmen zu ergreifen – in den medizinischen und juristischen Fakultäten wurde in der Folge der Numerus Clausus eingeführt.³⁹ In diese Fakultäten schrieben sich besonders viele Jüdinnen und Juden ein, was eine Reaktion auf die »antisemitische Tradition einer inoffiziellen Diskriminierung war.«⁴⁰

Zeitgleich setzte sich das »Schweizerisches Hilfswerk für deutsche Gelehrte«⁴¹ auf Bundesebene für materielle Mittel ein, um den in Deutschland entlassenen Gelehrten beizustehen und berufliche Möglichkeiten zu schaffen [Abb. 4].⁴² Die Basler Universität achtete bei der Besetzung von Lehrstühlen darauf, sie nicht an Gelehrte mit nationalsozialistischer Weltanschauung zu vergeben. Dennoch lehrten eine Handvoll überzeugter Nationalsozialisten in Basel, wie etwa Werner Gerlach (1891–1963),⁴³ was auch die ASG und die MSG stark kritisierten.

Gerlach, Ordinarius für pathologische Anatomie, wurde 1936 wegen nationalsozialistischen Treibens und seiner Mitgliedschaft in der NSDAP von der Universität entlassen. Gemäss einer Entscheidung des Appellationsgerichts Basel-Stadt hätte Gerlach jedoch weiterhin von der Universität beschäftigt werden müssen, wäre er nicht selbst einem Ruf ins Deutsche Reich gefolgt.⁴⁴ Dieser Fall unterstreicht, dass die Universität nicht alleinige Entscheidungsträgerin ist und nicht völlig autonom handeln kann.

Die ASG und die mit ihr verbundenen Organe wie das Jugendkomitee gegen Krieg und Faschismus, die Gruppe Schweizer Intellektueller und Studenten gegen den Hochschulfaschismus und die Marxistische Studentengruppe beobachteten die politische Situation besorgt und gaben kund:

»Das Schweizer Volk beobachtet mit wachsender Sorge die Rolle die die Universitäten und wir beim Aufeinanderprall zwischen alten, echten demokratischen Traditionen und dem importierten neudeutschen-heidnischen Faschismus übelster Prägung spielen und einnehmen werden.«⁴⁵

Die Gruppierungen machten darauf aufmerksam, dass sich bereits in zahlreichen Ländern Studierende aktiv auflehnten. Dänische Studierende liessen beispielsweise keine faschistischen Gastprofessoren an ihren Universitäten mehr zu. Studierende in Spanien, China und Ägypten kämpften für ihre Freiheiten und gegen die Unterdrückung von Migrant*innen. Schweizer Studierende, so die linken Gruppierungen, hätten diesbezüglich bisher kaum Stellung bezogen. Stattdessen hätten sie abgewartet und passiv die Lehrstühle – wie im Fall Gerlach – auch Dozierenden und Professoren mit faschistischen Tendenzen und Einstellungen überlassen.⁴⁶

Eine neben der ASG ebenfalls wichtige kritische Gruppierung aus universitären Kreisen war die seit 1926 existierende Marxistische Studentengruppe (MSG). In der Akte der ASG wird mit einer Notiz auf die MSG hingewiesen. Diese gab in Zusammenhang mit der Flugblattaktion kund:

»Die marxistische Studentengruppe an der Universität Basel (MSG) legt Wert auf die Feststellung, dass sie, ohne sich mit der Rektoratsrede von Herrn Professor Labhardt zu identifizieren, mit

dem vom sogenannten ›Studentenkomitee gegen Krieg und Faschismus‹ bzw. ›Antifasch. Studentengruppe‹ verteilten Flugblatt nichts zu tun hat. Die MSG missbilligt dieses Flugblatt nach Form und Inhalt.«⁴⁷

Auch wenn sich beide Studentengruppen kritisch zur bestehenden politischen Situation äusserten, so taten sie dies auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichen Mitteln. Während die ASG dogmatischer und weniger gut organisiert war, präsentierte sich die MSG mit einem strukturierteren und differenzierteren Programm.⁴⁸ Beide Gruppen blieben – wie auch die Deutsche Studentenschaft – kleine Randgruppen innerhalb des universitären Geschehens. Die MSG bestand zum grossen Teil aus Studierenden und »unabhängigen linkssozialistischen Personen«,⁴⁹ die das Bedürfnis hatten, sich eingehend und theoretisch mit dem Marxismus auseinanderzusetzen. In der *Linken Front*, der Zeitschrift der MSG, die in den Jahren 1933 und 1934 erschien, definierte die Gruppe ihr Anliegen: Sie wehre sich gegen die »Fronten«,⁵⁰ die der Faschismus errichte. Ihre Mitglieder diskutierten auch die Bedeutung des Marxismus für Studierende und ideelle Fragen, die mit der marxistischen Lehre und Marxismus als Denkströmung zusammenhängen, wie etwa Umgang mit Denken und Kritik, wobei sich der überparteiliche Charakter der MSG zeigte.⁵¹

Rechtskonservative »Fronten« spielten innerhalb der Universität Basel eine marginale Rolle, sorgten aber für Aufsehen und stifteten Unruhe. Innerhalb der Studentengruppen herrschten besonders zwischen der ASG und der Deutschen Studentenschaft starke Spannungen. Es kam sogar vor, dass die Deutsche Studentenschaft ihre politischen Gegner*innen während Vorlesungen fotografierte.⁵²

Auch jenseits von studentischem Engagement fand die Universität Basel nicht immer leicht zu einer Position zum Faschismus. Die Universität war eng verstrickt mit der Stadtpolitik. Erst auf Druck aus dem Erziehungsdepartement etwa konnten sich die Universitätsgremien, die zunächst mit Verweis auf die Tradition daran festhalten wollten, dazu durchringen, ihre Teilnahme an Feierlichkeiten mit propagandistischem Charakter von deutschen Universitäten, namentlich Heidelberg und Göttingen, abzusagen.⁵³ Das Erziehungsdepartement und besonders die Universität hatten aber auch das Funktionieren der Institution im Blick und betrieben »eine klare Interessenpolitik«. ⁵⁴ Während beispielsweise Herkunft oder Religionszugehörigkeit bei den Studierenden kaum eine Rolle spielten und die Universität sich auch gegen Einreiseerschwernisse aussprach, war die Herkunft bei der Besetzung von höheren Positionen in der Universität ausschlaggebend. Hier wurden zum »Schutz des nationalen Arbeitsmarktes«, der von Ängsten vor »Überfremdung« geprägt war, mitunter keine Juden und Jüdinnen berücksichtigt.⁵⁵ Weil sich die Verwaltungen, sei es universitärer oder staatlicher Natur, teilweise träge und diplomatisch gegenüber nationalsozialistischen Tendenzen verhielten, kam Kritik an Diskriminierung, Antisemitismus und Faschismus vermehrt von öffentlicher oder studentischer Seite,⁵⁶ wie auch im Fall der ASG oder

MSG, und damit von der Seite, die keine Autorität innehatte. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass die ASG, während sie besonders den Autoritarismus problematisierte, Antisemitismus, zumindest schriftlich, mit keinem Wort thematisierte.

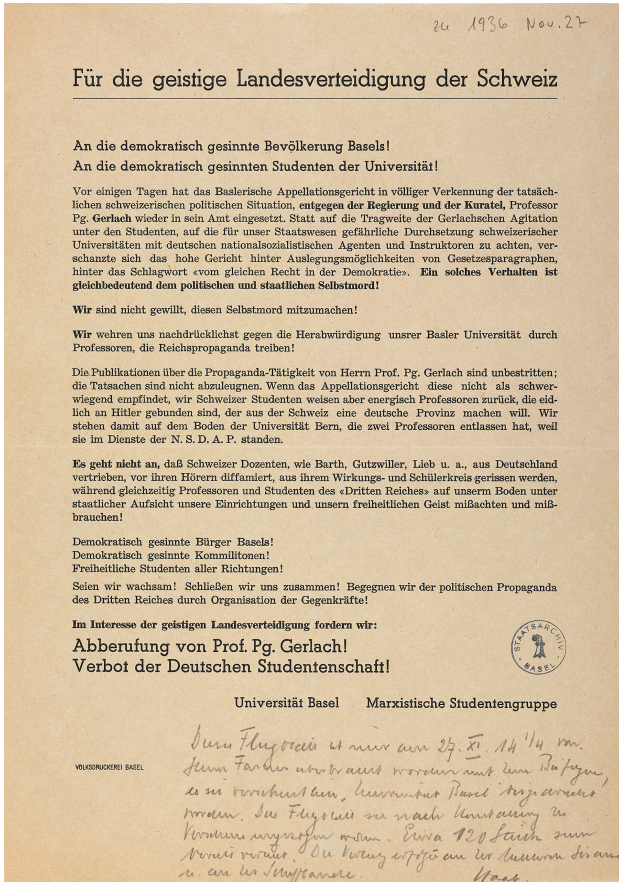


Abb. 4: Mahnung der MSG, weil Werner Gerlach, Mitglied der schweizerischen Landesgruppe der NSDAP, nach Entscheid des Appellationsgerichts Basel weiterhin an der Universität lehren darf.

Fremdenpolizei und »Rotes Basel«

»Wir treten stets für die Zulassung der Fremden ein, Ausnahmen sind selten und betreffen Fälle, in denen die wissenschaftlichen Ausweise nicht genügen. Was uns aber Schwierigkeiten macht, ist in einzelnen Fällen die Haltung der Fremdenpolizei, die wegen »Überfremdung« gerne zurückhält.«⁵⁷

Nicht nur Parteien und Bürger*innen, sondern und auch die Universität als Institution musste sich zu politischen Missständen, die unter anderem wachsende Arbeitslosigkeit und Diskriminierung zur Folge hatten, verhalten. Der Landesstreik 1918, in dem Arbeiter*innen für die 48-Stunden-Woche,

eine Altersvorsorge oder das Frauenstimmrecht demonstrierten und in dessen Verlauf den Demonstrant*innen knapp 100'000 Soldaten gegenüberstanden, hallte nach. Er hätte die Schweiz beinahe auseinandergebrochen.⁵⁸ Auch das städtische Parteileben wandelte sich. Einige sozialpolitische Erneuerungen wurden in Basel unter anderem als Reaktion auf den Landesstreik in diesen Jahren umgesetzt. Der vom Nationalökonom Edgar Salin entwickelte »Arbeitsrappen« wurde mit Unterstützung von bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien angenommen. Öffentliche Bauaufträge sollten die Arbeitslosigkeit lindern, darunter der geplante Neubau des Kollegiengebäudes der Universität.⁵⁹ All dies legte den Grundstein für den Ruf des »sozialen Basel«. In diese Zeit der Verunsicherung und des Wandels der Stadt fällt das Rektorat von Labhardt.

Schwenkt der Blick zurück auf die Universität Basel und die dortige Lage in den 1930er Jahren, stechen im Kontext des Themas »Überfremdung« besonders die damaligen Beziehungen zwischen Erziehungs- und Sicherheitsdepartement ins Auge. Der Begriff der Überfremdung prägte die Ausländerpolitik der Zwischenkriegszeit sowie die spätere Flüchtlingspolitik.⁶⁰ Die kantonale Fremdenpolizei Basel kontrollierte zunehmend die Einreise von Jüdinnen und Juden und profilierte sich, indem sie immer wieder ungefragt Stellung zur vermeintlichen »Überfremdung« an der Universität bezog. 1927 meldete das Basler Polizeidepartement beim Erziehungsdepartement, dass aufgrund zunehmender Zahlen ausländischer Studierenden Zeit sei zu handeln,⁶¹ und schlug vor, »die Zahl der ausländischen Studierenden [...] durch fremdenpolizeiliche Massnahmen« einzuschränken.⁶² Die Fremdenpolizei unterschied klar »erwünschte« von »unerwünschten« Ausländern, zu letzteren zählten Studierende aus osteuropäischen Ländern und jüdische Menschen. Ab 1933 erreichte die deutschen Auslandsvertretungen der Befehl aus Deutschland, Emigrierte, insbesondere jüdische Geflüchtete, in der Schweiz zu beobachten. Sowohl Erziehungsdepartement und Universität distanzieren sich von diesem Ansinnen.⁶³ Doch stand die Institution Universität unter Druck und positionierte sich nur verhalten gegen Diskriminierung und Antisemitismus. Jüdische Studierende etwa wurden zwar zugelassen, aber gezählt. Die Administration der Universität führte in dieser Zeit sogar Tabellen mit der Nationalität von Jüdinnen und Juden.⁶⁴

Kurz nach der Flugblattaffäre, im Jahr 1935, begann die Ära des »Roten Basel«. Die Basler Regierung, insbesondere das Erziehungsdepartement, positionierte sich klar antifaschistisch.⁶⁵ Bis dahin waren Jüdinnen und Juden von der Universität administrativ als gesonderte Kategorie »Ausländer« registriert.⁶⁶ 2012 spricht der Historiker Charles Stirnimann in einer Rede davon, dass das Jahr 1935 einen politischen Wendepunkt in der jüngeren Basler Geschichte markiert habe. Erstmals war die sozialdemokratische Vertretung mit vier Regierungsräten in der Mehrzahl.⁶⁷ Einer davon war Fritz Hauser, der Vorstehende des Erziehungsdepartements. Er stand während der Flugblattaktion in regem Kontakt mit den Rektoren und Ida Fleissig.

Der Ruf des »sozialen Basel« wurde zur Zeit des »Roten Basel« begründet, wofür sich auch die kritischen Studierendengruppen einsetzten: für eine soziale Universität und eine soziale Stadt, was sich gegenseitig beeinflusste. Als Grenzstadt hatte der Ruf des »sozialen Basel« weitergehend auch eine symbolische Bedeutung, die beim Bürgertum teilweise Befürchtungen auslöste. Die NZZ meldete am 9. April 1935, dass der Bund eingreifen würde, sollten die neuen Machthaber auf eigene Faust »antifaschistische« Aussenpolitik betreiben.⁶⁸ Diese Drohung ist exemplarisch für den Druck, mit dem sich Institutionen und Regimekritiker*innen konfrontiert sahen [Abb. 5].



Abb. 5: Die Hakenkreuz-Fahne am Badischen Bahnhof zur Zeit des Nationalsozialismus.

Mit diesem Druck, einem Machtvakuum und dem unbeständiger werdenden Verhalten der Massen in diesem gesellschaftlichen Klima mussten auch die Politiker*innen dieser Zeit umgehen. In der Schweiz fanden sich schon vor dem Machtantritt Hitlers in Deutschland Gruppierungen der NSDAP. Erst nach dem Attentat auf Wilhelm Gustloff, Leiter der Landesgruppe Schweiz der NSDAP, der vom jüdischen Studenten David Frankfurter erschossen

wurde, löste der Bundesrat Anfang 1936 die zentralen Leitungsorgane der NSDAP in der Schweiz auf.⁶⁹ Auf nationaler Ebene wurde als Folge der Bedrohung durch die totalitären Regime in Deutschland und Italien, welche über die Landesgrenzen hinaus Wirkung entfaltete, von Bundesrat Philipp Etter im Jahr 1938 die »Geistige Landesverteidigung« in der Botschaft über die schweizerische Kulturwahrung⁷⁰ erstmals offiziell formuliert. Sie ist heute als Antithese zum Nationalsozialismus und Faschismus zu lesen und griff politisch weit. Auch rechtskonservative Ideen fanden darin Platz.⁷¹ Trotz der Geistigen Landesverteidigung wurde in eidgenössischen Kreisen der politische Kurs gegenüber Deutschland weiterhin diplomatisch gehalten – bis zu dem Zeitpunkt, als die Niederlage Deutschlands absehbar wurde. Dem entgegengesetzt verhielt sich die Presse sehr kritisch gegenüber dem Nationalsozialismus, und auch General Henri Guisan setzte sich für die Aktion Nationaler Widerstand ein [Abb. 6].⁷²

Der Nationalsozialismus beeinflusste die Geschichte der Schweiz in vielen Sphären und vor dem Hintergrund ihrer Verwobenheit ist die Haltung von öffentlichen Instanzen gegenüber dem Faschismus oder faschistischen Ausprägungen vielgestaltig und teilweise ambivalent zu lesen – ob der Blick nun auf der nationalen, regionalen oder universitären Ebene ruht. Solange keine Repressionen oder Diskriminierungen stattfinden, ist das sich ergänzende Wirken mehrerer Instanzen grundlegend für das Funktionieren der Gesellschaft.

Die Geschichte des ASG-Flugblattes zeigt auch, dass radikale politische Organisationen wie antifaschistische und marxistische Studentengruppen innerhalb der Universität gesellschaftliche Funktionen übernahmen, die Rektorat und Politik nicht ausüben konnten, indem sie mit ihrem Engagement partiell als Korrektiv gegenüber Parteien oder eidgenössische Regierung wirkten. Die Universität als Ganze ist somit auch Teil eines gesellschaftlichen Korrektivs, weswegen sie so verletzlich ist. Diplomatie und Systemkritik gehen jedoch selten Hand in Hand. Dies zeigt auch die Geschichte der Beziehungen zwischen der ASG, dem Rektorat der Universität Basel und Ida Fleissig, der vielleicht eher zufällig eine Rolle als Vermittlerin zufiel.

Verletzliche Universität, ehrliches Denken und Frage nach Freiheit

Im Winter 2018, als die Universität Basel aufgrund des vorgeschlagenen *Gratis-Weltwoche*-Verbots in die Schlagzeilen geriet, wurde ihre Rolle als neutrale Instanz erneut getestet. Dass Zeitschriften an der Universität verboten werden, ist nicht neu. Der *rote Student* beispielsweise, die Zeitung der MSG, wurde 1931 mit folgender Bemerkung verboten: »Gegen die Herausgabe einer Zeitung wird an sich nichts eingewendet [...], sofern nicht Artikel und Mitteilungen darin erscheinen, die als Aufreizung gelten können, Beleidigungen enthält usw.«⁷³ Aufgrund von »islamophobe[n],

rassistische[n] und rechtspopulistische[n]« Inhalten,⁷⁴ die der Verleger der *Weltwoche* Roger Köppel als Anstoss für einen »differenzierten und vielseitigen Dialog« wahrnimmt und verkauft, sollten nach Forderungen aus der Studierendenschaft keine Gratisausgaben der *Weltwoche* mehr in universitären Gebäuden ausliegen. Damit hätten die Gratisausgaben nicht mehr gesondert ausgelegt, jedoch wäre die *Weltwoche* interessierten Leser*innen nach wie vor überall dort, wo auch alle anderen Zeitungen zur Lektüre ausgelegt sind, weiterhin zugänglich gewesen. Die Junge SVP fühlte sich dadurch allerdings in ihrer Meinungsfreiheit beschnitten, sodass sie einigen Mitgliedern der skuba, der Studierendenvertretung der Universität Basel, die das Verbot diskutiert und nach Abstimmung lanciert hatte, vorwarf, »ihre Position zu missbrauchen, um ihre »aktiv linkssozialistischen Ansichten und ihre eigene Agenda durchzusetzen.« Weiter forderte sie: »Gerade von einem Gremium aus »gebildeten jungen Menschen« könne erwartet werden, dass es sich auch mit »anderen Meinungen, als der eigenen« auseinandersetzt.«⁷⁵

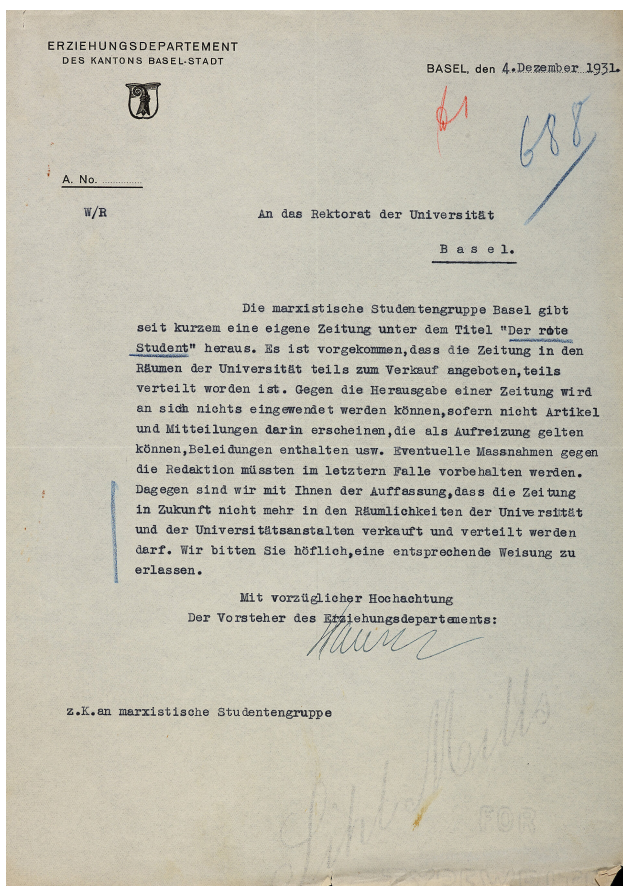


Abb. 6: Verbot der Zeitung *Der rote Student*.

Innerhalb der Universität stellt sich selbstverständlich die Frage, wo Meinungsfreiheit beginnt und wo sie aufhört. Als um Neutralität bemühte

Institution hat sie den Auftrag, politischem Gedankengut, dass von rechts über die Mitte bis links in vielfältigen Schattierungen existiert, Raum zu geben. Die universitäre Neutralität hat gleichzeitig die Aufgabe, Gedankengut dort Grenzen zu setzen, wo es ausschliessend wird. Im Zuge der *Weltwoche*-Diskussion gewährte die Universität Raum für eine von der skuba organisierte Podiumsdiskussion zum Thema *universitäre Freiheit und mediale Verantwortung*.⁷⁶ Ein Raumverbot seitens der Universität oder des Erziehungsdepartements wurde hier nicht ausgesprochen, im Gegenteil ein sachlicher offener Dialog im Sinne der Meinungsfreiheit gesucht und in diesem Rahmen auch rechtspopulistischen Stimmen Raum geboten. Neben Köppel debattierten Düzgün Dilsiz, Initiant des Verbot-Vorschlags, und Markus Wild, Professor für theoretische Philosophie. Die Geschichte endete damit, dass weiterhin Gratisexemplare der *Weltwoche* aufliegen, weil einerseits die SVP finanziellen Druck auf die skuba ausübte⁷⁷ und gleichzeitig die Debatte um Meinungsfreiheit und ihre Grenzen noch lange nicht abgeschlossen ist. Die Frage der universitären Neutralität für eine ethische, gleichberechtigte und inklusive Wissenschaft bleibt in jeglicher Hinsicht aktuell.

Kaya Schüler studiert Geographie und Geschichte an der Universität Basel.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Universitätsarchiv V30a 3.

Abb. 2: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Universitätsarchiv V30a 3.

Abb. 3: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Universitätsarchiv V30a 3.

Abb. 4: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, BSL 1045i 1-2-2 4.

Abb. 5: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Universitätsarchiv V 30a 17.

Abb. 6: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Universitätsarchiv V 30a 17.

Literatur

- 1 Ida Fleissig an die Universität Basel, 20. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
- 2 Vgl. Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
- 3 Charles Stirnimann: »Das »Rote Basel« 1935-1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33-41, hier S. 37.
- 4 Catherine Arber: *Frontismus und Nationalsozialismus in der Stadt Bern. Viel Lärm, aber wenig Erfolg*, Bern, Lizentiatsarbeit am Historischen Institut der Universität Bern (2002), S. 1.
- 5 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
- 6 »Protest-Extrablatt«, Datum unbekannt, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
- 7 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 11.
- 8 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 12.
- 9 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die*

- Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 4, 5.
- 10 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 23. Siehe zur Rolle der Frau bei Alfred Labhardt auch die Beiträge von Alea Läubli und Chiara Monaco in diesem Heft.
 - 11 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 12f.
 - 12 Vgl. etwa Peter Weingart, Jürgen Kroll, Kurt Bayertz: *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (2017 [1992]).
 - 13 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 14 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 15 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 16 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 17 Max Wullschlegler war schon früh aktiv im kommunistischen Jugendverband, wurde 1933 Redaktor der Parteizeitung *Basler Vorwärts* und später Mitglied des Zentralsekretariats der Kommunistischen Partei der Schweiz. 1939 wurde er aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und später Mitglied der SP Schweiz. Vgl. »Max Wullschlegler«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz HLS*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/005969/2015-11-17/> (14. Mai 2021).
 - 18 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 19 Schreiben im Auftrag des Rektors an Fritz Hauser, 18. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 20 Antifaschistische Studentengruppe an Rektor Häberlin, 16. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 21 Antifaschistische Studentengruppe an Rektor Häberlin, 16. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 22 »Protest-Extrablatt«, Datum unbekannt, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 23 »Protest-Extrablatt«, Datum unbekannt, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 24 »Protest-Extrablatt«, Datum unbekannt, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 25 Charles Stirnimann: »Das »Rote Basel« 1935-1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33-41, hier S. 37.
 - 26 »Der Basler Regierungsrat unterdrückt Versammlung antifaschistischer Schweizer Studenten während in Montreux die ausländischen Faschistenführer tagen können« (o.V.), in: *Basler Vorwärts* (20. Dezember 1934), Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 27 Ida Fleissig an das Rektorat der Universität, 20. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 28 Walter Strub an Alfred Labhardt, 23. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 29 Walter Strub an Alfred Labhardt, 23. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 30 Die Disziplinar-Kommission der Universität an Ida Fleissig, 27. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 31 Bekanntmachung Häberlins, 9. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 32 Begleitschreiben zur Bekanntmachung Häberlins an Ida Fleissig, 9. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 33 Ida Fleissig an Paul Häberlin, 13. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 34 In der faschistischen Ideologie der 1930er Jahre war für die Frau die Rolle der idealen Mutter, die dem Mann dient und unterstützend zur Seite steht, vorgesehen. Sie sollte sich selbst nicht bilden, weil sie dafür die intellektuelle Kapazität nicht habe, stattdessen sollte sie als »Gebärmachine« fungieren, die den »Volkskörper« reproduziert. Vgl. Lotta Laloire: »Der Faschismus und die Frauen: Lotta Laloire sieht bei den Rechten eine neue Strategie«, in: *nd - Journalismus von links*, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1125466.gender-der-faschismus-und-die-frauen.html> (14. Mai 2021).
 - 35 Antifaschistische Studentengruppe an Rektor Häberlin, 16. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
 - 36 Aktuelle Liste der studentischen Vereine an der Universität Basel: <https://www.unibas.ch/de/Studium/Student-Life/Studentische-Organisationen/Liste-der-studentischen-Vereine.html> (10. Juni 2021).

- 37 Vgl. »Diverse Studentenvereine«, in: Online-Archivkatalog des Staatsarchivs Basel-Stadt, <https://query.staatsarchiv.bs.ch/query/archivplansuche.aspx?ID=351061> (20. Januar 2021).
- 38 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 159, 160.
- 39 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 166.
- 40 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 162. Die Perspektive auf eine unabhängige und selbstständige Arbeit war damals die sicherste Option für Jüdinnen und Juden, weil ihnen der Zugang zu bestimmten Laufbahnen erschwert war.
- 41 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 177.
- 42 David Tréfás: »Deutsche Professoren in der Schweiz: Fallbeispiele aus der Geschichte der Universität Basel im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 109 (2009), S. 103–128, hier S. 103.
- 43 David Tréfás: »Deutsche Professoren in der Schweiz: Fallbeispiele aus der Geschichte der Universität Basel im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 109 (2009), S. 103–128, hier S. 122.
- 44 Josef Zwicker: »Zur Universitätsgeschichte in den 1930er Jahren«, in: Dorothee Huber (Hg.): *50 Jahre Kollegienhaus der Universität Basel: Vorträge gehalten am 10. Juni 1989*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1991), S. 10–19, hier S. 14; Gerichtsbeschluss: Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehung AA 7: Beschluss des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt vom 18. August 1936. Ebd.: Entscheid des Appellationsgerichts des Kantons Basel-Stadt als Disziplinargericht vom 23. November 1936. In diesem Fall kristallisiert sich die Rolle der eidgenössischen Behörden heraus, die innerhalb des Falls argumentierten, dass der Entscheid des Regierungsrats »eine erhebliche Belastung der schweizerisch-deutschen Beziehung zur Folge haben wird.« David Tréfás: »Deutsche Professoren in der Schweiz: Fallbeispiele aus der Geschichte der Universität Basel im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 109 (2009), S. 103–128, hier S. 126f.
- 45 Aufruf Gruppe Schweizer Intellektueller und Studenten gegen den Hochschulfaschismus, Datum unbekannt (1934/35), Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
- 46 Aufruf Gruppe Schweizer Intellektueller und Studenten gegen den Hochschulfaschismus, Datum unbekannt (1934/35), Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
- 47 Stellungnahme der MSG zum Flugblatt im Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a, 17 Marxistische Studentengruppe 1930–1937.
- 48 Über die Organisation der MSG, 30. Mai 1933, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a, 17 Marxistische Studentengruppe 1930–1937.
- 49 Hermann Wichers: »Die Marxistische Studentengruppe in den 1930er Jahren«, in: *Unigeschichte seit 1460*, S. 1–3, hier S. 1. Online: https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Wichers_Marxistische_Studentengruppe.pdf (10. Juni 2021).
- 50 Vgl. Frontismus.
- 51 Hermann Wichers: »Die Marxistische Studentengruppe in den 1930er Jahren«, in: *Unigeschichte seit 1460*, S. 1–3, hier S. 3. Online: https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Wichers_Marxistische_Studentengruppe.pdf (10. Juni 2021).
- 52 Reaktion der Antifaschistischen Studentengruppe auf den Anschlag des Rektors, 16. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
- 53 Josef Zwicker: »Zur Universitätsgeschichte in den 1930er Jahren«, in: Dorothee Huber (Hg.): *50 Jahre Kollegienhaus der Universität Basel: Vorträge gehalten am 10. Juni 1989*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1991), S. 10–19, hier S. 14f.
- 54 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 181.
- 55 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 182.
- 56 David Tréfás: »Deutsche Professoren in der Schweiz: Fallbeispiele aus der Geschichte der Universität Basel im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 109 (2009), S. 103–128, hier S. 128.
- 57 Schreiben des Rektors an das Erziehungsdepartement, 26. November 1938, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv V 1, 4.
- 58 Andrej Abplanalp: »Schweizer Geschichte – der Landesstreik von 1918«, in: *Blog Nationalmuseum*, <https://blog.nationalmuseum.ch/2018/11/landesstreik-1918/> (25. Juni 2021).
- 59 Charles Stirnimann: »Das »Rote Basel« 1935–1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33–41, hier S. 37. Siehe zum Kollegienhaus auch den Beitrag von Rea Grünenfelder in diesem Heft.
- 60 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 158.
- 61 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er

- Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 167.
- 62 Zit. im Schreiben des Erziehungsdepartements an die Kuratel und Regenz der Universität Basel, 21. Januar 1927, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv V 1,4.
- 63 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 158.
- 64 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 162.
- 65 Vgl. Charles Stirnimann: »Das ›Rote Basel‹ 1935–1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33–41, hier S. 38.
- 66 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 161.
- 67 Vier der sieben Regierungsräte waren Sozialdemokraten: Fritz Hauser, der Gewerkschaftssekretär Gustav Wenk, Fritz Brechbühl und der Lehrer Fritz Ebi. Vgl. Charles Stirnimann: »Das ›Rote Basel‹ 1935–1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33–41, hier S. 33f.
- 68 Charles Stirnimann: »Das ›Rote Basel‹ 1935–1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33–41, hier S. 34.
- 69 Walter Wolf: »Nationalsozialismus«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz HLS*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017461/2010-09-07/> (10. Juni 2021).
- 70 Marco Jorio: »Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg: die Geistige Landesverteidigung und Bundesrat Philipp Etter«, in: *ASMZ: Sicherheit Schweiz: Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift* 164 (1998), S. 23.
- 71 Marco Jorio: »Geistige Landesverteidigung«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz HLS*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017426/2006-11-23/> (28. Januar 2021).
- 72 Walter Wolf: »Nationalsozialismus«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz HLS*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017461/2010-09-07/> (28. Januar 2021).
- 73 Schreiben des Erziehungsdepartements Basel-Stadt an das Rektorat der Universität Basel, z.K. an marxistische Studentengruppe, 4. Dezember 1931, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv V 30a 17, Marxistische Studentengruppe 1930–1937.
- 74 Daniel Ballmer: »Nach Boykott-Aufruf an der Uni Basel: Jetzt schlägt SVP zurück«, in: *bzbasel*, <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/nach-boykott-aufruf-an-der-uni-basel-jetzt-schlagt-svp-zuru-ck-ld.1322749> (25. Oktober 2018).
- 75 Helena Krauser: »Keine ›Weltwoche‹ mehr an der Uni Basel? – Junge SVP ist schockiert«, in: *bzbasel*, <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/keine-weltwoche-mehr-an-der-uni-basel-junge-svp-ist-schockiert-ld.1317849> (1. Oktober 2018).
- 76 Brendan Bühler: »Roger Köppel besucht die Universität Basel«, in *Nau.ch*, <https://www.nau.ch/news/schweiz/roger-koppel-besucht-die-universitat-basel-65455533> (15. November 2018).
- 77 Daniel Ballmer: »Nach Boykott-Aufruf an der Uni Basel: Jetzt schlägt SVP zurück«, in: *bzbasel*, <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/nach-boykott-aufruf-an-der-uni-basel-jetzt-schlagt-svp-zuru-ck-ld.1322749> (25. Oktober 2018).